

Die Kandidaten treffen aufeinander

In Balterswil erläuterten die fünf einer Partei zugehörigen Ständeratskandidaten ihre Haltung zu aktuellen Themen.

Christof Lampart

Auf Einladung der CVP Bichelsee-Balterswil kreuzten am Sonntagvormittag in der Hackenberghütte die Ständeratskandidaten verbal die Klängen. Ständerätin Brigitte Häberli (CVP), Regierungspräsident Jakob Stark (SVP), Kantonsrätin Nina Schläfli (SP), Kantonsrat Kurt Egger (GP) und Kantonsrat Ueli Fisch (GLP) diskutierten unter der Leitung des Journalisten Armin Menzi.

Bei der Frage, ob sie den Klimanotstand ausrufen würden, klärten sich die Fronten. Während die Bürgerlichen davor warnten, einem Medienhype aufzusitzen, gaben die Linken zu bedenken, dass es klimatechnisch bereits fünf vor zwölf sei.

Für Stark ist klar, dass die Schweiz das Klima nicht allein retten könne. Globale Probleme bräuchten auch globale Lösungen: «Wir müssten als Schweiz darauf hinwirken, dass Länder aufhören, ihren Urwald abzuholzen, damit wäre dem Klima mehr gedient als durch Einzeltage der Schweiz.»

Alle Kandidaten sind für Windkraftanlagen

Während des Podiums herrschte viel Einigkeit, wobei SP-Präsidentin Schläfli ab und zu anderer Meinung war. So sprach sie sich zwar auch für die Sanierung der Sozialwerke aus. Doch im Gegensatz zu den anderen Kandidaten schloss sie für die Finanzierung der Erhöhung des Rentenalters für Frauen aus.

Kurt Egger bekannte, dass er als Ständerat die «Qualität des Kantons ausbauen» wolle, wozu auch gehöre, eine nachhaltige Raumplanung aufzugleisen. Denn «unsere Landwirte sollen auch in 50 Jahren noch genügend Platz zum Bauern haben», sagte der GP-Präsident.



Die Ständeratskandidaten Jakob Stark, Nina Schläfli, Kurt Egger, Brigitte Häberli (bisher) und Ueli Fisch in der Bürgerhütte Balterswil. Links steht der Moderator des Podiums, Armin Menzi.

Bild: Andrea Stalder

Ambitionen für den Nationalrat

Podium «Thurgauer Zeitung»-Redaktor Mario Testa befragte Nationalrat Hansjörg Brunner (FDP), Nationalrat Christian Lohr (CVP), Kantonsrätin Sabina Peter (CVP), Kantonsrat Josef Gemperle (CVP) und Stefan Mühlemann (SVP) zu ihrer Nationalratskandidatur. Peter befürwortete den Einsatz von Sozialdetektiven. Lohr wollte beim Bund sparen: «Ich denke, dass man bei der Administration und vielen Expertenberichten deutlich die Kosten senken könnte.» Brunner bekannte: «Ich würde generell im-

mer gerne weniger ausgeben. Denn das Geld kommt von uns allen.» Gemperle zeigte auf, wo es aus seiner Sicht dringend Investitionen bräuchte: «Zusätzliche Gelder für die Bildung, aber auch für die praxisbezogene Forschung und Entwicklung, zum Beispiel bei der Agroscope, wären ganz wichtig.» Mühlemann sprach sich gegen die Einführung eines zweiwöchigen Vaterchaftsurlaubs aus: «Heute sollte man als Arbeitgeber in der Lage sein, so etwas selbst zu organisieren; dafür braucht es kein Gesetz.» (art)

Die Frage, ob es im Thurgau Windkraftanlagen geben sollte, um die Energiewende zu schaffen, bejahten alle. Auch erklärten alle, dass sie im Stöckli das Kantons- über das Parteiwohl stellen wollen und sich vorstellen könnten, dass sie mit allen Mitbewerbern gut zusammenarbeiten könnten. Bei der Frage nach dem Bau der Bodensee-Thurtal-Strasse zeigten sich das «klassische» rechts-links Verhalten, wobei nur Fisch seine Haltung erläuterte: «Das Volk hat dazu ja gesagt, also bin ich auch dafür», sagte der GLP/BDP-Fraktionspräsident.

Beim Rahmenabkommen plädierte Brigitte Häberli dafür, sich Zeit zu lassen: «Wir brauchen ein Rahmenabkommen

mit der EU, aber so, wie es jetzt vorliegt, enthält es vieles, was unsere direkte Demokratie und unsere Gerichtsbarkeit in Frage stellt.» Der Bundesrat müsse da erst noch hart verhandeln, bevor das Abkommen vors Parlament komme und es wohl am Ende eine Volksabstimmung gebe.

Stark sah das ähnlich: «Wir müssen hart verhandeln, aber auch dazu bereit sein, einen gewissen Preis für unsere Haltung bezahlen zu müssen.» Stark findet es wichtig, dass dem Volk Verträge vorgelegt werden, die es mit grossem Mehr annehme. «So erhält das Parlament einen klaren Auftrag und findet nicht eine 51 zu 49 Prozent-Situation vor, welche das Land weiter spaltet.»